



Tradition & Innovation



Marktdemonstration gegen überhöhte Preise, 1916.

1916

Am 1. Juli 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, versammelten sich um 8 Uhr morgens einige proletarische Frauen vor dem Berner Parlamentsgebäude. Ein Teil setzte sich ab und strömte zum Markt. Dort knöpften sie sich Marktfrauen vor, die Kartoffeln, Eier und Gemüse zu überhöhten Preisen verkauften. Teils handgreiflich zwangen sie diese, die Preise zu senken. Bei Widerstand drängten sie die Marktfrauen weg und verkauften die Härdöpfel selbst. Reiche Kundinnen schimpften und suchten das Weite. So verlief eine der vielen Marktdemonstrationen des Kriegsjahrs 1916. Solche gab es auch in Zürich, Biel, Thun und Grenchen.

1918

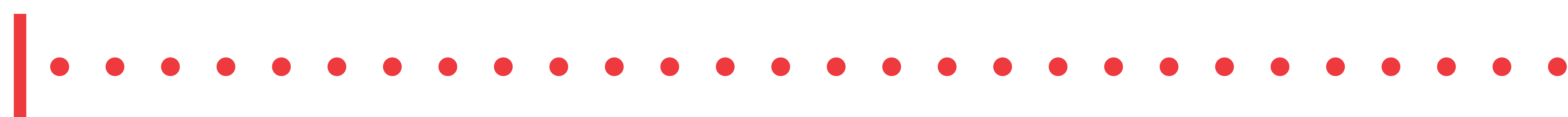
Im August 1917 verlangten die Präsidenten Oskar Schneeberger und Emil Klöti in einer Eingabe an Bundespräsident Edmund Schulthess, weitere Preisaufschläge bei der Milch zu verhindern und ein Kohlenmonopol einzuführen. «Die Erbitterung in der Arbeiterschaft ist derart, dass ein energischer Eingriff nicht mehr umgangen werden darf.»

Um zu zeigen, dass es ihnen ernst war, riefen sie am 30. August zu einem halbtägigen Warnstreik mit Demos im ganzen Land auf. Das war sozusagen die Hauptprobe zum Generalstreik gut ein Jahr später. Die «Metallarbeiter-Zeitung» rapportierte zufrieden: «An zahlreichen Orten kam die Empörung der Arbeiterschaft über Profitsucht, Schiebertum und Hamsterei, die im System des Kapitalismus und der siebenmal geheiligten Privatwirtschaft ihre Ursachen haben, mächtig zum Ausdruck.» Den Höhepunkt erreichte der Sozialprotest im folgenden November in Zürich.



Die Bevölkerung erhält 1917 an der Uraniastrasse in Zürich verbilligte Kartoffelrationen.

1916



1925



Sektion Signau-Schüpbach
sp-signau-schuepbach.ch

Gründungsversammlung

Sonntag, den 3. Juni 1933, 20 1/2 Uhr, im Gasthof zur Lammhülshölle, Lehnhof.

Vorsitz: Christian Röhrenhülle
 Sekretär: Parteisekretär Künzi, Bern

Anwesenheit: 23 Personen aus der Gemeinde Signau, sowie die Gen. Heget und Lütli von Langnau und Parteisekretär Künzi, Bern.

Traktanden:

1. Vortrag des Parteisekretärs Künzi.
2. Konstituierung.

Verhandlungen:

1. Parteisekretär Künzi orientiert in seinem Vortrag über Ziel und Zweck der Sozialdemokratischen Partei und erläutert besonders die Bedeutung einer politischen Partisektion für die Arbeiterschaft gegenüber den Gemeindebehörden.
2. a) Genosse Röhrenhülle kann mitteilen, dass sich 22 Personen für den Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei unterzeichnet haben. Er beantragt daher die Gründung einer Partisektion in Signau.
 Abstimmung wird dem Antrag Röhrenhülle zugestimmt und der neuen Partisektion der Name 'Sozialdemokratische Partei Signau' gegeben.
 b) Dank der Leitung des Parteisekretärs Künzi wird der Vorstand bestellt aus folgenden

Mitgliedern: Grombacher Ernst, Klotzger Rudolf, Künzi Otto, Pfäffli Gottlieb, Rammerer Ernst, Röhrenhülle Christian, Schmidt Hans, Schneider Christian, Trübhuber Hans.

Als Präsident wird gewählt:
 Röhrenhülle Christ. Hans, Kloten.

Als Vizepräsident:
 Schneider Christian, Nanzweiler

Als Kassier:
 Schmidt Hans, Gmündler Lehnhof - Schachen

Als Sekretär:
 Künzi Otto, Parteisekretär, Bern.

Die übrigen Vorstandmitglieder wählen als Stenographen.

c) Der Mitgliedsbeitrag wird pro Monat auf 50 Rp. festgesetzt.
 Der Mitgliedsbeitrag wird ebenfalls für 50 Rp. abgezogen.

d) Parteisekretär Künzi teilt mit, dass die Sozialdemokratische Partei des Kt. von der neu gegründeten Sektion des Verwaltungsmaterials samt Vereinsstempel gratis zur Verfügung stellt. Umso übernimmt die Sozialdemokratische Partei neu gegründeter Sektionen gewisse ständige Referentenarbeiten. Es folgt, dass die Sektion Signau in nächster Zeit Parteiversammlung einen Referenten anhebt.

3. Im Schlusswort bringt Genosse Rammerer die Verabschiedung der Arbeitenden bei Parteiarbeiten in der Gemeinde Signau zur Sprache. Genosse Röhrenhülle dankt.

Gründung der Sozialdemokratischen Partei Signau am 3. Juni 1933



1929
 Die erste landesweite Petition der Frauen für das Frauenstimmrecht wird den Bundesbehörden übergeben.

1935

Die SP bekennt sich auf ihrem Luzerner Parteitag zur Landesverteidigung. Der Begriff «Diktatur des Proletariats» wird im Parteiprogramm nicht mehr verwendet, angestrebt wird neu der «Zusammenschluss aller ausgebeuteten Volksschichten zu einer einheitlichen, antikapitalistischen Kampfgemeinschaft».

Bei den Nationalratswahlen wird die SP zum ersten Mal zur wähler- und sitzstärksten Partei im Kanton Bern und überflügelt damit die BGB. Die SP kann diese Position mit Ausnahme von 1939 bis zu den Nationalratswahlen 1979 verteidigen.

1933

1930

1935

1940

Die neue Schweiz

Nach dem zweiten Weltkrieg wird die Welt anders aussehen, als sie vordem war. Es wäre eine falsche Hoffnung und eine verhängnisvolle Illusion, beim Wiederaufbau dort ansetzen zu wollen, wo Politik und Wirtschaft im Jahre 1939 standen.

Aus diesem Krieg und aus der Not dieser Zeit muß das entstehen, was früher unerreichbar schien: die Gemeinschaft des arbeitenden Volkes, die auf sozialistischer Grundlage Staat und Wirtschaft einer neuen Schweiz aufbauen wird.

Jede freie, nationale Gemeinschaft ist auf die Dauer nur lebensfähig in einer Gemeinschaft freier Völker. Darum müssen die Völker alles beiseite räumen, was wieder zu nationalen Gegensätzen und damit erneut zum Kriege führen kann. Die schweizerische Sozialdemokratie wird nach dem Kriege über die Landesgrenzen hinaus am Aufbau dieser Gemeinschaft mitarbeiten.

Solange eine internationale Gemeinschaft freier, friedlicher Völker nicht besteht, muß der schweizerische Kleinstaat alles tun, was in seiner Kraft liegt, um seine Grenzen und seine Unabhängigkeit zu schützen. Daher ist auch in der Nachkriegszeit eine starke Volksarmee notwendig. Sie wird um so schlagkräftiger sein, je besser Staat und Wirtschaft dafür sorgen, daß durch den Ausbau der Produktivkräfte des Landes und durch gerechte Güterverteilung jedem Schweizer Existenz, Arbeit und Brot gewährleistet ist.

Der Umbau von Staat und Wirtschaft

Leitsätze zur Revision der Bundesverfassung

I.

Der Bund gewährleistet auf freiheitlich-genossenschaftlicher Grundlage des Volkes Wohlfahrt und Kultur sowie die persönlichen Freiheits- und die politischen Volksrechte.

1

1938 bis 1946

Verbot der Fronten und der Kommunistischen Partei durch den Bundesrat.

1943

Erst nach der Kriegswende gewährte die bürgerliche Mehrheit in der Bundesversammlung der SP mit der Wahl von Ernst Nobs die seit 1929 gewünschte Beteiligung am Bundesrat.

Bei Kriegsende reichen die bernischen Frauenvereine eine Petition ein, in der sich fast 40 000 Frauen und 12 000 Männer für das Stimmrecht der Frauen in Gemeindeangelegenheiten einsetzen.

1949

Auf Antrag der SP-Frauengruppe des Kantons Bern macht der Bernische Frauenbund (BFB, später Frauenzentrale) eine Eingabe an die Justizdirektion, die das aktive und passive Wahlrecht der Frauen für Geschworenengerichte verlangt.

Versammlung

Sonntag, den 19. November 1950
in Emmenbrücke Schlipfbad

Um 9³⁰ eröffnet der Präsident Füllmann die Neuversammlung und begrüßt alle Anwesenden, besonders unseren Genossen Erwin Schneider, Bern und Amtsverbandspräsident Ernst Schütz, Langnau. Genosse Schneider referierte in einstündigem Vortrag über die Parteiminderheit und dessen Vertretung in der Politischen Gemeinde.

Die Entwicklung der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Partei in den Landgemeinden der letzten 20 Jahren hat grosse Fortschritte gemacht. Das ihnen eine Berechtigung für eine Vertretung in der Gemeindebehörde unerlässlich ist. Der Referent betont besonders, dass die Interessenlosigkeit unserer Mitgl. weder bei den Wahlen von der Gegenpartei ausgeschlossen werden.

Liebe Genossen! Darum ist es unbedingt notwendig, vielmehr als bis dahin, Interesse an unserer Sache zu zeigen. In dem ihr in Zukunft fleissig an den Parteiversammlungen erscheint. Denn wir stehen vor den Gemeinderahlen und Eidg. Abstimmungen wo es gilt für alle Mann an den Wraen zu erscheinen.

1945

1950



1953

Im Kanton Bern wird die erste Initiative zur Einführung des Frauenstimmrechts in Gemeindeangelegenheiten eingereicht. Die Initiative wird lediglich von der SP und der Liberal-sozialistischen Partei unterstützt. Sie wird schliesslich zugunsten eines Gegenvorschlages zurückgezogen, der die Entscheidung über die Einführung des Frauenstimmrechts den Gemeinden überlässt.

1956

Die erste gesamteidgenössische Abstimmung über das Frauenstimmrecht scheitert in der Schweiz, aber auch im Kanton Bern.

1959

Geburtsstunde der Zauberformel mit der Wahl von Hans-Peter Tschudi und Willy Spühler in den Bundesrat.



Das Foto von Naomi Parker Fraley an der Werkbank galt als Inspiration für Rosie the Riveter (Rosie, die Nieterin) – die Hauptfigur eines Posters im Zweiten Weltkrieg, das eine Frau mit ihrem angespannten Oberarmmuskel zeigt und mit dem Frauen für die Arbeit in der Rüstungsindustrie angeworben wurden.

1968

Die Berner Stimmberechtigten nehmen das Begehren des Frauenstimmrechts an, wobei es den Gemeinden freigestellt bleibt, ob sie den Frauen das Stimmrecht zugestehen wollen. 130 Berner Gemeinden machen vom neuen Recht noch im selben Jahr Gebrauch.

1960

1968

Doppelter Erfolg für die SP

Erstmals eine Frau in den Gemeinderat von Signau gewählt

mhg. Bei den Signauer Gemeindewahlen konnten die Sozialdemokraten einen doppelten Erfolg buchen. Nach einem besonders intensiv geführten Wahlkampf brachten sie neu einen zweiten Vertreter sowie – für Signau eine absolute Novität – eine Frau in den Gemeinderat. Es handelt sich dabei um den Parteilosen Hans Flückiger und um Christine Aeschlimann-Reber. Mit fünf Stimmen nur knapp vom Spitzenduo geschlagen, wurde

(neu) 758, Walter Schüpbach (neu) 683, Walter Zürcher (neu) 628. SP: Christine Aeschlimann-Reber (neu) 285, Hans Flückiger (parteilos, neu) 309.

In die Fürsorgekommission. SVP: Hansruedi Althaus, Hans Eichenberger, Hansruedi Marti, Willy Schmid, Margrit Hofer-Lüthi. – SP: Lina Salzmann-Fuhrer.

In die Primarschulkommission. SVP: Katharina Mosimann-Gerber, Ernst Hei-

Säuglingsfürsorge und Mütterberatung

Auf Betreiben der Fürsorge- und Vormundschaftskommission, deren Präsident der initiative SP-Gemeinderat E. Dubach, Schüpbach, ist, finden nun wieder Säuglingsfürsorge- und Mütterberatungsgstunden statt. Die Sprechstunden sind ab 1. Januar 1976 in die Schulhäuser Signau und Schüpbach festgelegt worden. Wir verweisen für die Beratungszeiten auf den Amtsanzeiger.

In diesem Zusammenhang wird gesucht:

Eine ältere, schreibgewandte Frau, die die Säuglingsschwester bei ihren Hausbesuchen im Anfang begleitet, sowie während den Sprechstunden die anfallenden Schreibarbeiten erledigen kann. Bitte melden Sie sich auf der Gemeindeschreiberei. Danke!

Landwirtschaft. Das berufliche Interesse für die Landwirtschaft ist infolge der veränderten Wirtschaftslage gestiegen. Gemäss Mitteilung des Schweizerischen Bauernsekretariats in Brugg wurden im ersten Quartal 1975 etwa 38 Prozent weniger Aufenthalts- und Grenz-gängerbewilligungen an Ausländer erteilt; inländische Arbeitskräfte bewarben sich in diesem Masse vermehrt um offene Stellen.

AKTUELL Nr. 3

herausgegeben von der SP Signau - Schüpbach

Aus dem Informationsblatt «Aktuell», 1975.

1971

Das Stimm- und Wahlrecht für Frauen wird am 7. Februar auch auf eidgenössischer Ebene von den männlichen Stimmberechtigten mit 65,7% Ja-Stimmen angenommen.

1976

Konstituierung des Kantons Jura

Sozialdemokratische Partei
Signau - Schüpbach

Schüpbach, den 9. September 1978

Herrn
Grossrat

Sekretär GBH,
3550 Langnau

Ueberzeitentschädigung der Firma

Lieber Herr,
Der gegenwärtige Auftragsbestand der Firma kann als ausgezeichnet beurteilt werden. Die Firma ist gezwungen zur Bewältigung des grossen Auftragsbestandes Ueberzeitarbeit zu leisten. Die Belegschaft beklagt sich aber, infolge schon lang geleisteter Ueberzeitarbeit, nicht die gesetzlich vorgeschriebene Ueberzeitentschädigung ausbezahlt zu bekommen.

In dieser Angelegenheit wurde zur Abklärung der Sozialdemokratischen Partei in Auftrag gegeben, mit der Belegschaft über die Bestimmungen be-

Ihr Zeichen: _____ Unser Zeichen: CH/zw Langnau i. E., 20. September 1978

Betrifft: Ueberzeit Art. 12 und 13 Arbeitsgesetz

Sehr geehrte Herren

Ueber die von Ihnen angeordnete Ueberzeit ist verschiedenes zu hören. Gespräche am Wirtshaustisch usw. lassen einige Fragen offen. Erkundigungen beim Regierungsstatthalteramt und beim Kant. Amt für Industrie und Gewerbe haben ergeben, dass keine Bewilligung eingeholt wurde. Bevor ich weitere Massnahmen treffe, möchte ich Ihnen Gelegenheit geben folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum wurde keine Bewilligung eingeholt?
2. Wird der gesetzliche Zuschlag von wenigstens 25% nicht bezahlt, weil im Einverständnis der Arbeitnehmer die Ueberzeit innert 3 Wochen durch Freizeit ausgeglichen wird?

Der heutigen Wirtschaftslage bin ich mir voll bewusst. Die Arbeit fällt ja sicher unregelmässig an, und ich habe alles Verständnis, dass Aufträge den Terminen entsprechend erledigt werden sollten.

Gerüchte oder Tatsachen wie sie hier aber geboten werden, schaden dem Ruf der Firma aber auch der Gewerkschaft.

Engagement zum Schutz der Arbeiter, 1978.

1970

1978

1980

Ds Blettli

Informationsblatt der sozialdemokratischen Partei Signau/Schüpbach

Nr. 1 1979

Liebe Leser

Mit der vorliegenden ersten Ausgabe unseres Informationsblattes löst die SP Signau/Schüpbach eines ihrer Wahlversprechen vom vergangenen Herbst ein. Unser "Blettli" will nichts Grosses anrichten, keine Phrasen dreschen und auch keine Ideologie aufzischen. Es will lediglich, bei zwei- bis viermaligem Erscheinen pro Jahr, über Fragen der Gemeindepolitik sachbezogen informieren. Erst in zweiter Linie werden Standpunkte vermittelt.

Unser "Blettli" richtet sich deshalb an alle Gemeindebürgerinnen und -bürger. Dem verantwortlichen Redaktionsteam (Peter Flükiger und Toni Keller, Schüpbach und Ueli Meyer, Langnau) ist an Hinweisen, Kritik, Beiträgen und sonstiger Mitarbeit sehr gelegen.

Wir wünschen Ihnen viel Kurzweil beim Lesen und hoffen, dass "Ds Blettli" nicht ungelesen dorthin gelangt, wo fast alles Papierene schliesslich landet: im Papierkorb.

Mit freundlichen Grüßen
Das Redaktionsteam

Gemeindeversammlung

Zu einigen Traktanden der Gemeindeversammlung vom 25. Juni 1979

Verwaltungsrechnung pro 1978.

Die SP ist der Meinung, dass die Art und Weise, wie die Verwaltungsrechnung an der Einwohnergemeinde präsentiert wird, unbefriedigend ist. Dies aus folgendem Grund: Der Gemeindegassier verliest die wichtigsten Posten der Verwaltungsrechnung und gibt auf allfällige Fragen Auskunft. Gerade Fragen zu stellen, ist aber schwierig, wenn der Versammlungsteilnehmer keine schriftliche Orientierung in der Hand hat. Ein Rechnungsauszug der wichtigsten Posten mit entsprechender Gegenüberstellung zum Vorschlag, vorgängig in alle Haushaltungen verschickt, könnte hier Abhilfe schaffen.

Mehrzweckgebäude mit Erweiterung der Schulanlage in Signau.

Aufgrund der Abklärungen durch eine Spezialkommission geht hervor, dass Sekundar- und Primarschule dreizehn Räume dringend benötigen. Dies entspricht einem achtklassigen Schulhaus, zu dem gemäss kantonalem Minimalprogramm eine Turnhalle gehört. Gleichzeitig besteht in Signau für die Vereine das Bedürfnis nach einem grossen Saal. Um nun sowohl den Anliegen der Schulen wie der Vereine Rechnung zu tragen, drängt sich der Bau eines Mehrzweckgebäudes auf. Diese Verkoppelung ist auch aus finanziellen Gründen geboten, weil nur so für den Bau eines gemeindeeigenen Vereinshauses kantonale Gelder erhältlich sind.

Wichtig ist, dass es an der Einwohnergemeinde nur um einen Projektionskredit dieser Anlagen geht, dem nach Meinung der SP zugestimmt werden sollte.

Beim Bau werden die Schulräume in Signau Vorrang haben. Die Realisierung des Mehrzweckgebäudes sollte aber die ebenfalls dringend benötigte Turnhalle in Schüpbach nicht verdrängen.

A U S Z U G

aus dem Protokoll des Gemeinderates Signau vom 23. September 1985.

Art. 7.

Abstimmungstafeln.

Die SP Signau-Schüpbach möchte etwas gegen die Stimmabstinenz, welche auch in unserer Gemeinde herrsche, unternehmen. Die SP glaubt, dass mit Tafeln, welche auf Abstimmungen aufmerksam machen, eine Verbesserung der Urnengänge zu erreichen wäre. Die Tafeln würden am Dorfeingang, bei Wirtschaften, beim Gemeindehaus usw. aufgestellt.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass zusätzliche Tafeln keine Verbesserung der Urnengänge bringt. Vom Gemeinderat wird der Antrag der SP mit 2 : 4 Stimmen + 3 Enthaltungen abgelehnt.

Dagegen sind die Wahllokale in den Gebäuden durch den Stimm- und Wahlausschuss zu kennzeichnen.

Mitteilung als

- Antwort an die SP Signau-Schüpbach, Vizepräsident Martin Hertig, Brüggschachen, 3543 Emmenmatt.
- Auftrag an den Stimm- und Wahlausschuss, Präsident Thomas Gerber, Rainsbergweg 11, Signau.

SIGNAU, den 25. September 1985.



NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Präsident:

Der Sekretär:

Erste Ausgabe des Informationsblatts «Ds Blettli», 1979.

1983

Die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat erzürnt die SP-Frauen.

Der Frauen-Kantonalvorstand droht mit dem Gesamtrücktritt.

1987

Erstmals treten die SP-Frauen im Kanton Bern mit einer eigenen Liste zu den Nationalratswahlen an und holen gleich zwei Sitze.

1993

Nichtwahl der SP-Kandidatin Christiane Brunner in den Bundesrat. Solidaritätswelle für Christiane Brunner auch im Kanton Bern: Die SP verzeichnet innert kürzester Frist über 400 Neueintritte, darunter viele Frauen.

1990

«Ich engagiere mich dafür, die Vielfalt und Attraktivität unserer Gemeinde zu erhalten. Signau ist wirtschaftlich und kulturell eine lebendige Gemeinde mit einer ausgezeichneten Schule und einer sehr gepflegten Infrastruktur. Wir sollten darauf achten, Investitionen für die Menschen in Signau zu tätigen.»



Arno Jutzi, SP-Mitglied,
Gemeindepräsident

«Ich schätze an Signau das schöne Dorfbild und die tiefe Verbundenheit mit Traditionen, die sich im überaus vielfältigen und aktiven Vereinsleben spiegelt. Gleichzeitig freue ich mich über die grosse Offenheit, mit der Signauerinnen und Signauer Neuem und Ungewohntem begegnen.»



Peter Stucki, SP-Mitglied

GEMEINDE SIGNAU

Fünftagewoche: SP und FDP melden sich zu Wort

Die beiden Signauer Ortsparteien SP und FDP fühlen sich von der Volksschulkommission nicht ernst genommen.

Innert kürzester Zeit haben die beiden Ortsparteien SP und FDP im Herbst 232 Unterschriften für die probeweise Einführung der Fünftagewoche an den Signauer Primar- und Realschulen gesammelt. Das seien mehr Leute, «als je in den letzten Jahren an Gemeindeversammlungen teilgenommen haben», schreiben SP und FDP in einem offenen Brief an die Signauer Volksschulkommission und deren Präsidenten Urs Engel. Trotzdem nehme die Kommission die Unterschriften nicht ernst. «Warum?» fragen die Parteien im Brief.

Während die Fünftagewoche an der Sekundarschule bereits probeweise eingeführt ist, hat die Volksschulkommission entschieden, dass an den Primar- und Realschulen weiterhin während sechs Tagen unterrichtet wird.

SP und FDP stören sich jedoch nicht nur an diesem Entscheid, sondern vor allem an den «disqualifizierenden und abschätzigen» Äusserungen, die Urs Engel kürzlich in einem Interview auf Radio Emme gemacht habe. Er habe die Fünftagewoche als «Hirngespinnst» bezeichnet, weil diese nur den Eltern diene, «damit sie am Freitagabend ins Ferienhaus fahren könnten».

Urs Engel nimmt die Sache gelassen. Zwar habe er in besagtem Radiointerview gegen die Einführung der Fünftagewoche votiert. «Ich glaube aber nicht, dass meine Äusserungen so abschätzig waren», sagt er. Es sei halt einfach so, dass die Fünftagewoche vor allem den Eltern und weniger den Schülern diene. Mitte Jahr wird sich die Sekundarschulkommission nun Gedanken machen, ob die Fünftagewoche aufs Schuljahr 2002/03 definitiv eingeführt wird. «Sollte die Sekundarschulkommission Ja sagen, werden wir wohl nicht darum herumkommen, nachzuziehen», erklärt Engel. *maz*

«Danke für die fröhlichen, nachdenklichen, belanglosen, tiefgründigen Gespräche. Sie lassen mich die Vielfalt in Signau jeden Tag erleben, wenn ich im Dorf unterwegs bin.»



Katrin Sommer, SP-Mitglied

2002

Zum ersten Mal werden bei den Grossratswahlen gleich viele SP-Frauen wie SP-Männer gewählt.

2003

Erstmals seit die Ständeräte im Kanton direkt vom Volk gewählt werden, gelingt der SP Bern mit Simonetta Sommaruga der Sprung in den Ständerat.

2000

2001

2007

2010

«In Signau fühle ich mich zu Hause. Die Natur, die Berge, Wälder, Wiesen, Äcker und Gärten zeigen sich jeden Tag neu und sind doch so vertraut. Das Dorf mit schönen alten Häusern, mit Einkaufsmöglichkeiten und direktem Bahnanschluss, beheimatet viele Menschen mit einer freundlichen und direkten Art. Vielfalt in Signau.»



Katrin Hofer, SP-Mitglied,
Mitglied der Baukommission

«Im ländlichen Signau schätze ich die Vielfalt von Wander- und Bikesmöglichkeiten in unmittelbarer Umgebung. Zu jeder Jahreszeit geniesse ich die herrliche Aussicht von der Blasenfluh, dem höchsten Punkt der Gemeinde Signau. Dank der guten Verkehrsanbindung ist man rasch in Langnau oder Bern.»



Peter Heiniger, SP-Mitglied

«Meine <politischen Augen> sind gerichtet auf die Förderung der Armen, Schwachen und Benachteiligten in der Gesellschaft, auf einen guten öffentlichen Verkehr mit einer optimalen Anbindung an den Individualverkehr, auf eine gute Wasser-, Strom- und Telekommunikationsversorgung und auf die Förderung des Tourismus. Ich setze mich gerne ein für einen einladenden Bahnhofplatz, der den Bedürfnissen aller dient, und für die Errichtung einer Langsamfahrzone vom <Hof> bis zum Gasthof zum Roten Thurm.»



Richard Stutzmann, SP-Mitglied

«An Signau schätze ich die schöne Landschaft und das malerische Dorfbild, die gute Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr und die Einkaufsmöglichkeiten. Ich freue mich über die Offenheit und Freundlichkeit der Signauerinnen und Signauer und engagiere mich dafür, Vielfalt und Attraktivität unserer Gemeinde zu erhalten.»



Iwan Raschle, SP-Mitglied,
Gemeinderat

2019





Wahlen 2019

Die SP kämpft für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Investitionen in erneuerbare Energien und damit in den Klimaschutz, für tiefere Krankenkassenprämien und für gute Arbeitsplätze auch für Menschen über 50.

Ein «Marshallplan» fürs Klima

In der Klima- und Umweltpolitik steht die SP für Lösungen – und zwar seit Jahrzehnten. In diese Tradition reiht sich auch der im Juli 2019 präsentierte «Marshallplan» für die Energiewende ein: Es handelt sich um ein pioniermässiges Investitionsprogramm, das auf Solarenergie und Energieeffizienz setzt, um den Öl-Ausstieg zu beschleunigen. Wärmeversorgung, industrielle Prozesse und Verkehr müssen rasch auf erneuerbare, einheimische Energie umgestellt werden.



Sektion Signau-Schüpbach
sp-signau-schueepbach.ch